

## Einleitung

Auf Grund zahlreicher politischer Initiativen sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene ist die Diskussion um die soziale und ökologische Verantwortung zu einem zentralen Thema geworden.

Staatliches politisches Handeln und der Ansatz der sozialen Verantwortung der Wirtschaft finden sich in den unterschiedlichsten Konzepten von Entwicklungspartnerschaften wieder.

So wurde bisher die Einhaltung der Menschen- und Arbeitnehmerrechte mehr als staatliche und weniger als private oder wirtschaftliche Aufgabe gesehen. Doch die zunehmende Einflussnahme von ökonomischen Interessen auf die Gestaltung der Politik und die weltweiten Verknüpfungen in der Industrie beeinflussen die Lebensverhältnisse der Menschen mittlerweile gravierender, als politische Veränderungen. In der Diskussion um die Deregulierung der Wirtschaft wird oft nur von der Beseitigung wirtschaftlicher Hemmnisse, oder von staatlicher Bürokratie und Regulierung gesprochen. Doch diese Diskussion hört nicht bei den wirtschaftlichen Aspekten auf, sie wird vielmehr von den unterschiedlichsten Akteuren weitergetragen in den Bereich der rechtlichen, gesellschaftlichen und moralischen Verantwortlichkeit. Mit dem Weltentwicklungsbericht „Der Staat in einer sich ändernden Welt“<sup>1</sup> von 1997 entwickelte sich eine Abkehr vom neoliberalen Konzept des Washingtoner Konsensus. Markt und Staat wurden nicht mehr als Gegensätze begriffen.

So beschreibt der Weltentwicklungsbericht eine Reihe von Bereichen, in denen Markt, Staat und zivilgesellschaftliche Organisationen miteinander bestehen und sich ergänzen können.

Vor diesem Hintergrund hat der UN – Generalsekretär Kofi Annan auf dem World Economic Forum in Davos im Januar 1999 die Verantwortlichen der Wirtschaft zu einem „Global Compact“ aufgerufen.

---

<sup>1</sup> Weltbank: Weltentwicklungsbericht: Der Staat in einer sich verändernden Welt, Washington (DC), 1997

Das Ziel des Global Compact ist ein im Ergebnis offenes Dialog- und Lernforum zwischen Vereinten Nationen, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft. Vermittelt werden sollen ethische, ökologische und soziale Werte.

Auch in der deutschen Entwicklungspolitik nahm, auf Grund der Finanzkrise im öffentlichen Haushalt die Bedeutung von Public Private Partnerships (PPP) zu. Bereits im Jahr 1998 formulierte das BMZ seine Strategien für eine neue Partnerschaft mit der Wirtschaft.

PPPs sollten, so der politische Wille, als Ausdruck eines globalen Umstrukturierungs- und Erneuerungsprozesses begriffen, und umgesetzt werden. Diese öffentlichen- privaten Partnerschaften sollen sich durch eine freiwillige, projektbezogene Zusammenarbeit auszeichnen mit dem Ziel, wirtschaftlichen Gewinn und entwicklungspolitischen Nutzen zu verbinden. „Unternehmen müssen sich als Teil der Gesellschaft begreifen. Sie haben (...) enorme Einflussmöglichkeiten gerade in Entwicklungs- und Transformationsländern. Gleichzeitig profitieren sie auch von den Chancen, die ökologisch und sozial verantwortliches wirtschaftliches Handeln bieten.“<sup>2</sup>

Vor diesem Hintergrund befasst sich die vorliegende Arbeit mit der Kernfrage, wie neue Ansätze in der Entwicklungszusammenarbeit beschaffen sein müssen, damit Anreize für eine wirtschaftliche Entwicklung und eine Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen gegeben werden.

Ausgangspunkt ist hierbei, auf der Basis des Global Governance Konzeptes zunächst die Annahme, dass die Bewältigung der Herausforderung auf den unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Ebenen nur durch eine Zusammenarbeit von staatlichen, privaten und wirtschaftlichen Akteuren geschehen kann. Dabei geht diese Analyse nicht so sehr der Frage nach, ob Entwicklungspartnerschaften einen geeigneten Ansatz zur Lösung globaler Probleme darstellen, sondern, ob die Projekte einen Beitrag für eine Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung leisten können. Somit wird hier nicht der Anspruch gehegt, eine Gesamtbeurteilung des methodischen Ansatzes darzulegen, vielmehr soll gezielt an einem ausgewählten

---

<sup>2</sup> Wieczorek-Zeul H.: Neue Allianzen für Entwicklung: Weiterentwicklung der Partnerschaft zwischen Entwicklungspolitik und Wirtschaft“, Berlin, 2003

Projekt die Probleme und Kritiken des Konzeptes der Entwicklungspartnerschaften benannt werden.

Dazu müssen zunächst die Veränderungen in der Entwicklungszusammenarbeit der letzten Jahre dargestellt werden, um das Konzept PPP entwicklungspolitisch einordnen zu können.

So wird davon ausgegangen, dass Entwicklungszusammenarbeit nur dann als globale Strukturpolitik wirken kann, wenn die Synergieeffekte von Wirtschaft- und Sozialpolitik genutzt werden und Armutsbekämpfung, wie Dirk Messner es ausdrückt, „aus der Ecke einer altruistischen Armen- und Mitleidspolitik herausgeholt und im Sinne einer globalen Strukturpolitik als Gebot der politischen Vernunft und des aufgeklärten Eigeninteresses begriffen wird.“<sup>3</sup>

Mit Hilfe des in der Global Governance Architektur angelegten Multiakteursansatzes soll dargestellt werden, ob und wie die verschiedenen Akteure im Rahmen der Entwicklungspartnerschaften zusammenarbeiten, und ob diese Entwicklungspartnerschaften ein gestaltendes Element in den internationalen Kooperationsbeziehungen sein können.

Hierzu soll die Bedeutung von Corporate Social Responsibility sowie die Anerkennung konkreter Sozialstandards und Verhaltenskodizes als Selbstverpflichtung der Unternehmen näher untersucht werden. Dabei stellt sich ausgehend von dem im Kapitel 2 dargestellten Paradigmenwechsel in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit die Aufgabe, zu erläutern, ob PPP und daraus folgernd strategische Allianzen einen Wandel in der Entwicklungszusammenarbeit darstellen, der wirklich zu mehr Effizienz und Nachhaltigkeit, sowie zu einer Stärkung der Zivilgesellschaft führt.

Hierauf aufbauend soll exemplarisch an einem Beispiel gezeigt werden, welche konkreten Probleme sich aus dem Konzept der Entwicklungspartnerschaften für die einzelnen Akteure vor Ort ergeben. Dabei wird unterschieden zwischen den Anforderungen, die sich für die beteiligten Nichtregierungsorganisationen ergeben,

---

<sup>3</sup> Messner, Dirk: Entwicklungspolitik am Beginn des 21. Jahrhunderts in: Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, Juli 2001, S.1

und den Herausforderungen denen sich die einzelnen Staaten auch im Rahmen der regionalen Konzepte und Strategien - exemplarisch dem NEPAD<sup>4</sup> - stellen müssen. Im Focus steht hierbei der Common Code for the Coffee Community (CCCC). Kaffee als eines der weltweit größten Handelsprodukte wird ausschließlich in Entwicklungsländern angebaut. Die Ziele des CCCC beziehen sich auf die drei Kernbereiche der Nachhaltigkeit:

Gesellschaft: Angemessene Arbeits- und Lebensverhältnisse der Plantagenarbeiter

Umwelt: Schutz des Waldes sowie der Ressourcen Wasser, Erde und Energie

Wirtschaft: Wirtschaftlichkeit als Basis für soziale und umwelttechnische Nachhaltigkeit.

Da es sich bei dem Common Code for the Coffee Community nach Aussage der GTZ um ein prozess- und lernorientiertes Projekt handelt, welches in zwei Projektphasen über einen Zeitraum von 2002 – 2006 kontinuierlich weiterentwickelt und verändert wurde, wird auch im Rahmen der vorliegenden Arbeit im Wesentlichen dieser Zeitrahmen behandelt, wobei die Literatur bis Anfang 2006 berücksichtigt wurde. Allerdings kam es auf Grund des lernorientierten und prozesshaften Ablaufs des Projektes im Laufe des Projektzeitraums zu Veränderungen in der Konstellation der Akteure und somit in der Ausrichtung des Projektes. Hierauf wird vor allem im Kapitel 6.2 ff weitestgehend eingegangen.

Ausgehend von dieser Projektdarstellung und der unterschiedlichen Einschätzung von PPP Projekte soll am Ende gezeigt werden, welche Handlungsverantwortungen sich für die Unternehmen aus solchen CSR Projekten für eine wertorientierte Unternehmensführung ergeben.

### **Literatur und Forschungsinstrumente**

Der Arbeit liegen verschiedene Semester - Vorlesungen zu den Themen „Global Compact, Entwicklungspartnerschaften und CSR“, sowie ein Aufenthalt in Nairobi und die Entwicklung eines Planspiels zum Thema ‚Global Governance in der Praxis – Ein Planspiel zur Kaffeeekrise‘ in Zusammenarbeit mit dem EPIZ zu Grunde. Hierbei wurden die wichtigsten Elemente erarbeitet.

Zum Thema Global Governance dienten im Wesentlichen die Ausführungen von Franz Nuscheler und Dirk Messner sowie des ‚Instituts für Entwicklung und Frieden‘

---

<sup>4</sup> New Partnership for Africa's Development

als Ausgangspunkte der Darstellung des Konzeptes. Dabei zielt die Arbeit nicht so sehr auf eine inhaltliche Diskussion über den diskursanalytischen Ansatz von Global Governance. Hauptanliegen war es vielmehr, die Anforderungen darzustellen, welche Global Governance an die einzelnen Akteure stellt. Hierzu wurde unter anderem auf die intensiven Ausführungen z.B. von Achim Brunnengräber und Ulrich Brand zurückgegriffen.

Desweiteren gründet sich diese Analyse auf einschlägige Fachliteratur sowie auf Dokumente der involvierten Organisationen, Unternehmen und des Runden Tisches. Dabei wird auch auf Literatur von Organisationen zurückgegriffen die u.U. nicht in das hier vorgestellte Projekt involviert waren, aber mit ähnlichen Multistakeholderprojekten Erfahrungen gesammelt haben. Da die Literatur zu PPPs überwiegend Projektorientiert ist, und von den Durchführungsorganisationen und Partnern selbst herausgegeben werden, stellen jene naturgemäß PPPs in der Regel als „Success Stories“ dar.

Auf der anderen Seite waren Dokumente, wie der Abschlussbericht der Amber Foundation auch nach Projektabschluss mit dem Hinweis auf den Vertrauensschutz der beteiligten Unternehmen nicht öffentlich zugänglich.

Erst mit Hilfe von Hintergrundgesprächen beteiligter Akteure wurden viele Problemfelder vor allem im Bereich des Kommunikations- und Prozessmanagements deutlich. Hilfreich und informativ waren hierzu vor allem auch die Gespräche mit einzelnen Akteuren in Nairobi.

Desweiteren wurden Gespräche mit den zuständigen GTZ Vertretern geführt, und auf Aspekte aus den verschiedensten Diskussionen und Veranstaltungen der GTZ zurückgegriffen.